



Niederschrift

71. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 09.05.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:25 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs SPD

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE
Frau Hannelore Knoblich	SPD
Herr Mike Schubert	SPD
Herr Claus Wartenberg	SPD
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD
Herr Klaus Rietz	ANW
Herr Michael Schröder	CDU
Herr Peter Schüller	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis
Herr Arndt Sändig	Die Andere
Herr Peter Schultheiß	CDU

Gäste: siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
25.04.2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Geschäftsführung SWP
Vorlage: 11/SVV/0929
Fraktion DIE LINKE
- 3.2 Verkehrslösung 2020
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW
- 3.3 Tourismusbuskonzept
Vorlage: 12/SVV/0132
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.4 Änderung der Geschäftsordnung - Große Anfragen
Vorlage: 12/SVV/0154
Fraktion FDP
- 3.5 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen
Vorlage: 12/SVV/0209
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
- 3.6 Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0181
Fraktion SPD
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Information über das Ergebnis der Badbefragung
 - 4.2 Verständigung zum weiteren Verfahren bezüglich des Bürgerbeteiligungsverfahrens
 - 4.3 Information zum Stand der Umsetzung des Beschlusses der SVV DS 12/SVV/0115, SAGO- Gelände für Tierbetreuungseinrichtung.
 - 4.4 Beabsichtigte Übertragung von Garagen- und Kleingartengrundstücken, die sich in der Zuständigkeit des KIS befinden, an die PRO POTSDAM
 - 4.5 Stand der Umsetzung des Beschlusses der SVV vom 02.11.2011, DS 11/SVV/0763, Übertragung der Sitzungen der SVV.
 - 4.6 Berichterstattung AWAG-Wohnungen
- 5 Sozial gerechte Bodennutzung - Zwischenbericht bzgl. Beschluss 11/SVV/0796
Vorlage: 12/SVV/0320
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.04.2012

Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend, der damit beschlussfähig ist. Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Hauptausschusses vom 25.04.2012 wird mit Stimmenmehrheit bestätigt, bei einigen Stimmenthaltungen.

Der Oberbürgermeister schlägt folgende Änderungen zur Tagesordnung vor:

- vertagt werden die Tagesordnungspunkte 3.2, 3.3 und 3.6
- Tagesordnungspunkte 3.4 und 3.5 werden zusammen behandelt
- neu auf die Tagesordnung aufgenommen werden:
 - 4.1 Ergebnis Badbefragung
 - 4.2 Verständigung bezüglich des weiteren Verfahrens des Bürgerbeteiligungsverfahrens
 - 4.3 Information zum Stand der Umsetzung des Beschlusses DS 12/SVV/0115, SAGO-Gelände für Tierbetreuungseinrichtung
 - 4.4 Beabsichtigte Übertragung von Garagen- und Kleingartengrundstücken, die sich in der Zuständigkeit des KIS befinden, an die PRO POTSDAM
 - 4.5 Stand der Umsetzung des Beschlusses der SVV vom 02.11.2011, DS 11/SVV/0763, Übertragung der Sitzungen der SVV
 - 4.6 Berichterstattung AWAG-Wohnungen
 - TOP 5 wird zu 4.7
 - unter Sonstiges soll über die Aufnahme von Tagesordnungspunkten auf die Tagesordnung des Hauptausschusses gesprochen werden

Herr Schultheiß bittet, unter Sonstiges „Haus Dietz“ zu thematisieren. Frau Bankwitz wünscht die Aufnahme des Themas „Restaurantschiff John Barnett“.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen und Ergänzungen mit Stimmenmehrheit bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Geschäftsführung SWP

Vorlage: 11/SVV/0929

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein und erinnert daran, dass es das Ziel war, für die SWP eine stabile Lösung zu finden. Die Stadtverordnetenversammlung wollte sich an der Lösungsfindung beteiligen.

Herr von der Osten gen. Sacken verweist darauf, dass die Lösung für die Geschäftsführung der SWP auch von den Personen abhängig sei. Es sei nicht sinnvoll, ein Verfahren festzuschreiben, wenn man die Personen noch nicht kenne, da die Geschäftsführer der Beteiligungen der SWP erst neu besetzt werden.

Herr Dr. Scharfenberg zeigt sich davon überrascht. Die Geschäftsführer werden qualifiziert besetzt. Es gehe bei dem Antrag eher darum, ob jemand „von außen“ kommen solle.

Herr Dr. Wegewitz gibt aus den Diskussionen in der Transparenzkommission zu bedenken, dass die Geschäftsführer der SWP auch Gesellschafter der Tochterunternehmen sind. Daher würde eine Lösung, wie sie die Fraktion DIE LINKE vorschlägt, die Schaffung eines „Kollektivgremiums“ bedeuten. Aufgrund der Diskussionen im letzten Jahr wäre solch eine Lösung suboptimal.

Herr Schubert weist darauf hin, dass es in allen Beteiligungen in Zukunft zwei Geschäftsführer geben solle. Der Kreis, aus dem sich die Geschäftsführung der SWP zusammensetzen könne, sei dann sehr groß. Er wolle nicht entscheiden, wer dann in die Geschäftsführung der SWP komme und wer nicht.

Herr Schüler meint, es sei eine konkrete Regelung für die Geschäftsführung der SWP nötig. Einer Rahmenregelung, wie hier vorgeschlagen, bedarf es nicht.

Herr Dr. Scharfenberg stellt klar, dass es natürlich nicht sechs Geschäftsführer der SWP geben solle, sondern nur drei. Es stelle sich nun mal die Fragen, ob man externe Geschäftsführer wolle, oder eine Lösung aus dem Konzern. Für ihn habe die Lösung aus dem Konzern heraus Vorteile. Er verweist darauf, dass der Aufsichtsrat der SWP seinem Vorschlag zugestimmt habe.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass sich die Geschäftsführung der SWP ab 01.01.2012 aus den drei tragenden Geschäftsführern der Stadtwerke Potsdam EWP, STEP und ViP rekrutiert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 8

Enthaltung: 4

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.2 Verkehrslösung 2020
Vorlage: 12/SVV/0098
Fraktionen SPD, CDU/ANW

zurückgestellt

zu 3.3 Tourismusbuskonzept
Vorlage: 12/SVV/0132
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

Entsprechend den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung werden anschließend die Tagesordnungspunkte 3.4 und 3.5 gemeinsam behandelt:

zu 3.4 Änderung der Geschäftsordnung - Große Anfragen
Vorlage: 12/SVV/0154
Fraktion FDP

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam wird wie folgt geändert:

1) §13 Abs. 3 (alt) wird § 13 Abs. 2 (neu).

2) §13 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

Anfragen, die aus mehreren Fragen bestehen und einer umfassenden Beantwortung bedürfen, können von einer Fraktion gestellt werden (Große Anfragen). Jede Fraktion ist berechtigt, bis zu drei Große Anfragen pro Jahr zu stellen. Die bzw. der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung leitet diese Anfragen unverzüglich an den Oberbürgermeister weiter und setzt dem Oberbürgermeister eine Frist von vier Wochen zur Beantwortung. Die Antworten werden an alle Fraktionen ausgereicht und in die Übersicht der Kleinen Anfragen (§ 13 Abs. 2) aufgenommen.

Der Oberbürgermeister gibt bekannt, dass das Präsidium vorgeschlagen hat, eine Arbeitsgruppe aus je einem Vertreter pro Fraktion zu bilden. Auf Nachfrage wird verabredet, dass auch die Geschäftsführer der Fraktionen als Vertreter entsandt werden können.

Herr Schüler trägt einen Beschlussvorschlag zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe vor, die vom Oberbürgermeister verlesen wird.

Daraufhin fasst der Hauptausschuss folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss beruft eine Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung. Diese Arbeitsgruppe besteht aus je einem Mitglied aus jeder Fraktion und wird vom Vorsitzenden der StVV geleitet. Die bereits eingebrachten Änderungsanträge zur Geschäftsordnung werden in diese Arbeitsgruppe überwiesen.

Die Arbeitsgruppe soll einen Vorschlag zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2012 vorlegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 3.5 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen

Vorlage: 12/SVV/0209

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Verbesserung der Folgeabschätzung und der Steuerungsmöglichkeit bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Ergänzung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam im § 14 Beschlussvorlagen und Anträge gemäß Anlage um eine § 14a Beschlussvorlagen und Anträge mit finanziellen Auswirkungen (Anlage im ALRIS)
2. Die 2. Seite der Beschlussvorlage soll an die doppelten Gegebenheiten angepasst werden. Dazu soll die Verwaltung anhand der in der Anlage aufgeführten Informationen bis Mai 2012 einen Entwurf vorlegen. (Anlage im ALRIS)
3. Im Rahmen des halbjährlichen Berichtswesens erstellt die Verwaltung für die Stadtverordnetenversammlung eine Übersicht, aus der die finanziellen Auswirkungen von Beschlüssen im laufenden Haushaltsjahr ersichtlich sind. Dabei sollen die kumulierten Auswirkungen auf die Produkt-, Fachbereichs- und Geschäftsbereichsbudgets und die aus den Beschlüssen resultierenden Vorabdotierungen ersichtlich sein.

siehe Tagesordnungspunkt 3.4

zu 3.6 Freiwillige zweckgebundenen Tourismusabgabe für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0181

Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Information über das Ergebnis der Badbefragung

Der Oberbürgermeister berichtet vom Ausgang der Bürgerbefragung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit habe sich für den Neubau eines Bades am Standort Brauhausberg ausgesprochen. In die Stadtverordnetenversammlung im Juni wird die Verwaltung eine Beschlussvorlage dazu einbringen. Der Oberbürgermeister begrüßt es, dass die Entscheidung so

eindeutig ausgefallen ist. Das vorgeschaltete Werkstattverfahren habe zur Präzisierung der Fragestellung beigetragen. Man sei gut beraten, dem Bürgerwillen nun zu folgen, auch wenn er persönlich sich ein anderes Ergebnis gewünscht hätte. Der Standort Brauhausberg werde schwieriger umzusetzen sein. Der früheste Fertigstellungstermin wäre Mitte 2016: Der Bebauungsplan müsse neu in Angriff genommen werden, ein spezifisches VOF-Verfahren (Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen) sowie ein städtebauliches Verfahren zum Brauhausberg müssen neu gestartet werden. Die Verwaltung plane, im Herbst 2012 dazu ein Verfahrensvorschlag vorzulegen.

Herr Dr. Scharfenberg freut sich, dass souverän damit umgegangen wird. Der Auftakt mit einer Beschlussvorlage im Juni müsse gut sein. Die Vorlage sollten die Fraktionen frühzeitig erhalten. Das Beschlussverfahren sollte sich nicht über die Sommerpause hinziehen. Es gebe ja auch schon Vorplanungen für den Brauhausberg. Wenn die Bürgerbefragung früher stattgefunden hätte, wäre die Entscheidung schon vor zwei Jahren gefallen.

Herr Schubert akzeptiert das Ergebnis. Man sollte im Juni beschließen. Die Bürger hätten nach der Nähe des Bades zu ihrem Wohnsitz entschieden.

Auf Nachfrage bestätigt der Oberbürgermeister, dass man das VOF-Verfahren für den Standort an der Biosphäre nicht für den Brauhausberg verwenden kann.

zu 4.2 Verständigung zum weiteren Verfahren bezüglich des Bürgerbeteiligungsverfahrens

Herr Schüler berichtet aus der Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung am vergangenen Freitag. Dort habe man sich verständigt, dass eine Arbeitsgruppe aus Hauptausschuss und Steuerungsgruppe Bürgerbeteiligung eine Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet.

Herr Schultheiß regt an, dass das Projektteam Bürgerhaushalt mit der Sache betraut wird. Dies lehnt der Oberbürgermeister ab, da die Fragestellung hier deutlich weiter geht.

Der Oberbürgermeister bittet die Fraktionen, an seinen Büroleiter Herrn Jetschmanegg Personalvorschläge aus dem Hauptausschuss zu übersenden.

zu 4.3 Information zum Stand der Umsetzung des Beschlusses der SVV DS 12/SVV/0115, SAGO- Gelände für Tierbetreuungseinrichtung.

Frau Latacz-Blume führt aus, dass für die Stadtverordnetenversammlung am 06.06.2012 Varianten einer möglichen Ausschreibung den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben werden. So war auch der Beschluss vom 04.04.2012.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, ob in dieser Vorlage alle Probleme enthalten sein werden und es eine beschlussfähige Vorlage sein wird. Frau Krusemark erwidert, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handeln wird, da das beauftragte Wertgutachten erst im Sommer vorliegen werde. Es ist daher eine Beschlussvorlage für August vorgesehen.

zu 4.4 Beabsichtigte Übertragung von Garagen- und Kleingartengrundstücken, die sich in der Zuständigkeit des KIS befinden, an die PRO POTSDAM

Herr Dr. Scharfenberg berichtet von dem Gerücht, dass Kleingärten und Garagen übertragen werden sollen. Er fragt, wie die Verfahrensweise bei der PRO POTSDAM ablaufen werde.

Herr Exner stellt klar, dass keine Grundstücksübertragungen geplant seien, sondern nur die Übertragung der Grundstücksverwaltung auf die PRO POTSDAM. Die Grundstücke würden im Eigentum der Stadt verbleiben. Hintergrund sei die Überlegung, die Grundstücksverwaltung im „Konzern Stadt“ anders und effizienter zu organisieren.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, worin der Sinn solch einer Maßnahme bestehe. Die PRO POTSDAM werde sich nicht um den Auftrag reißen.

Herr Exner erwidert, dass es durchaus sinnvoll sei, nur noch eine Stelle im „Konzern Stadt“ für die Grundstücksverwaltung zu haben.

Auf die Frage von Frau Birgit Müller, ob dies Auswirkungen auf das Personal des KIS habe, antwortet Herr Richter, dass es zwar Auswirkungen gäbe, jedoch nicht in Form einer Personalüberführung an die PRO POTSDAM, sondern nur in Form einer Aufgabenveränderung für die entsprechenden Mitarbeiter.

zu 4.5 Stand der Umsetzung des Beschlusses der SVV vom 02.11.2011, DS 11/SVV/0763, Übertragung der Sitzungen der SVV.

Der Oberbürgermeister berichtet, dass das Büro der Stadtverordnetenversammlung Kontakt mit den Städten Kiel und Erfurt hatte, die bereits eine Übertragung der Sitzungen der Gemeindevertretung praktizieren. Eine Markterkundung konnte in Potsdam noch nicht vorgenommen werden, da das Büro der Stadtverordnetenversammlung derzeit mit Personalproblemen zu kämpfen hat. Das Thema werde daher in die Mitteilungsvorlage zur Beschlusskontrolle aufgenommen.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert daran, dass der Beschluss aus 2011 stamme. Ihm liege ein Angebot eines Anbieters vor. Er fragt, ob sich nicht andere Verwaltungsstellen mit dem Thema beschäftigen könnten.

Der Oberbürgermeister verneint dies, da die Parameter eines Ausschreibungsverfahrens nur durch die entsprechenden Mitarbeiterinnen des SVV-Büros erarbeitet werden könnten.

zu 4.6 Berichterstattung AWAG-Wohnungen

Der Oberbürgermeister berichtet, dass die Verwaltung noch immer davon ausgehe, dass der Wohnungseigentümer bis 14.05.2012 alle offenen Rechnungen gegenüber dem Energieversorger begleiche.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, dass die Fraktionen unmittelbar jeweils unterrichtet werden.

zu 4.7 Sozial gerechte Bodennutzung - Zwischenbericht

bzgl. Beschluss 11/SVV/0796

Vorlage: 12/SVV/0320

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram führt aus, dass im Herbst eine entsprechende Richtlinie vorgelegt wird.

zu 5 Sonstiges

Zum Thema Haus Dietz berichtet Herr Weise, dass am 03.05.2012 die Baugenehmigung zum Abbruch des Hauses und zur Errichtung eines Neubaus mit Tiefgarage erteilt worden ist. Im Gestaltungsrat sei der Entwurf positiv beschieden worden. Gegen die Baugenehmigung hätten keine rechtlichen Bedenken vorgelegen. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass auftragsgemäß ein Schreiben an das Landesdenkmalamt gerichtet worden sei, dessen Antwort erst gestern eingegangen sei. Herr Dr. Scharfenberg erwidert darauf, der Oberbürgermeister hätte von der Baugenehmigung von sich aus informieren müssen. Daraufhin erwidert der Oberbürgermeister, dass nicht die Landeshauptstadt, sondern der Investor das Haus abreißen lasse. Herr Schubert erkundigt sich nach der Zeitkette, woraufhin Herr Weise mitteilt, es habe keine Signale vom Land gegeben, dass dieses seine Haltung zum Denkmalstatus ändere. Herr Schultheiß ist zutiefst enttäuscht. Das Schreiben des Oberbürgermeisters an die Landesdenkmalpflege sei der letzte Strohalm gewesen. Frau Birgit Müller bittet darum, dass die Schreiben zur Kenntnis gegeben werden. Der Oberbürgermeister erinnert noch einmal daran, dass das Land die Eintragung des Gebäudes als Denkmal mehrmals abgelehnt habe. Eine Änderung der Haltung des Landes war daher auch unwahrscheinlich.

Zum Thema Restaurantschiff „John Barnett“ erkundigt sich Frau Bankwitz. Der Oberbürgermeister berichtet, dass das Schreiben des Restaurantschiffs inzwischen beantwortet sei. Herr von der Osten-Sacken meint, mit einer Belegung der Schiffbauergasse durch Ansiedlung des Theaterschiffs könne man keinen Fehler machen, auch wenn der Vertrag mit den Betreibern des „John Barnett“ beachtet werden müsse.

Zum Thema Tagesordnung des Hauptausschusses bitte Frau Dr. Sigrid Müller darum, dass Vorlagen aus der Stadtverordnetenversammlung, die in den Hauptausschuss überwiesen wurde, auch in die nächstmögliche Tagesordnung aufzunehmen sind.

Zum Thema Gesellschaftsvertrag SWP berichtet Herr Exner auf Frage von Herrn Dr. Scharfenberg, dass es noch keinen inhaltlich verwertbaren Rücklauf von der Kommunalaufsicht zur Frage der Besetzung mit externen Sachverständigen gebe. Er hoffe, am 30.05.2012 im Hauptausschuss mehr dazu berichten zu können. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die neuesten Erfahrungen mit der Kommunalaufsicht ihn veranlassen, in Zukunft nur noch schriftliche Aussagen zu akzeptieren.